



- § 1 PSG: Vermögenswidmung zur Erfüllung eines erlaubten, vom Stifter bestimmten Zwecks → dient dauerhafter Zweckverfolgung nach Stifterwillen
- Flexibles Gestaltungsinstrument für Vermögensplanung
- Stiftung handelt durch den Stiftungsvorstand; dieser vertritt Stiftung nach außen und führt die Geschäfte





- Privatstiftungsgesetz (PSG) als zentrales Sondergesetz für Privatstiftungen
- Kundmachung: 14.10.1993 im BGBI (BGBI 694/1993)
- Inkrafttreten: rückwirkend mit 01.09.1993
- Ergänzende Regelungen in anderen Gesetzen:
 - ABGB (zivilrechtliche Grundlagen)
 - UGB, AktG, GmbHG (analog heranzuziehende gesellschaftsrechtliche Normen)
 - Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz (BStFG): öffentlich-rechtliches Pendant

HP 8 A. HASCH/V. RERICHA



- Ziel: Verselbständigung von Vermögen zur dauerhaften Zweckverfolgung
- Vermeidung der Einflussnahme durch Gesellschafter oder Rechtsnachfolger
- Verhinderung des Kapitalabflusses → Bindung österreichisches Vermögen im Inland

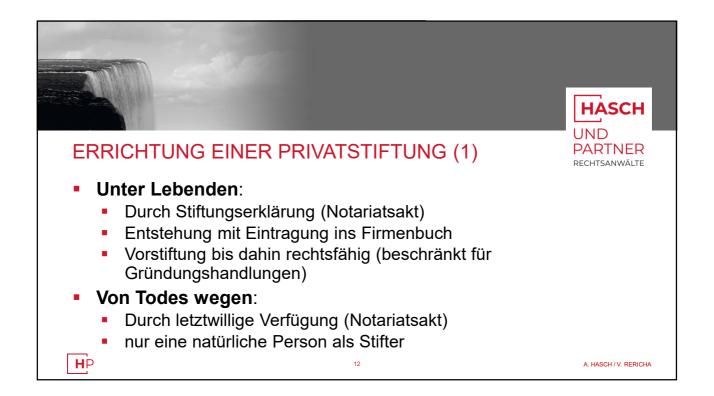




- Stärkung des Finanz- und Kapitalmarktes durch attraktive Rechtsform
- Vorbild: Deutschland, Schweiz, Liechtenstein
 - liberales Stiftungsrecht









ERRICHTUNG EINER PRIVATSTIFTUNG (2)

RECHTSANWÄLTE

- Mindestvermögen EUR 70.000,00
 - Bar oder als Sachwidmung
- Zweckbindung
 - Vermögen wird vom Stifter unwiderruflich einem bestimmten Zweck zugeordnet
 - Muss dauerhaft dem Stiftungszweck gewidmet sein



A. HASCH / V. RERICHA



- Stiftungszweck (§ 1 Abs 1 PSG)
 - Jeder erlaubte, nicht verbotene Zweck möglich
 - Zweck muss klar und nach außen gerichtet sein
 - Versorgung der Begünstigten, Unterstützung von Angehörigen, Mitarbeiterbeteiligungen, ...
 - Keine gewerbsmäßige Tätigkeit
 - Verbot von Selbstzweckstiftungen



14



- Gründungsprüfung
 - Prüfung, ob Mindestvermögen von EUR 70.000,00 erreicht
 - Pflicht bei Sachwidmungen oder Fremdwährung
 - Entfällt bei Bargründung in EUR

HP

A. HASCH / V. RERICHA



- Stiftungserklärung (§ 9 PSG)
 - **Pflichtinhalt:**
 - Widmung des Vermögens
 - Stiftungszweck
 - Bezeichnung der Begünstigten
 - Name und Sitz der Privatstiftung
 - Angaben zum Stifter
 - Dauer der Privatstiftung (bestimmte / unbestimmte Dauer)

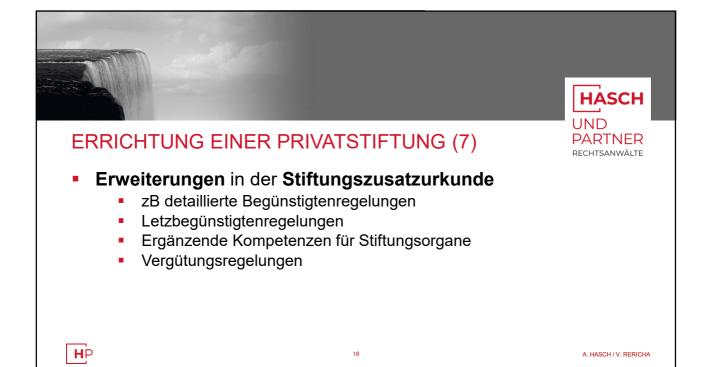
HP



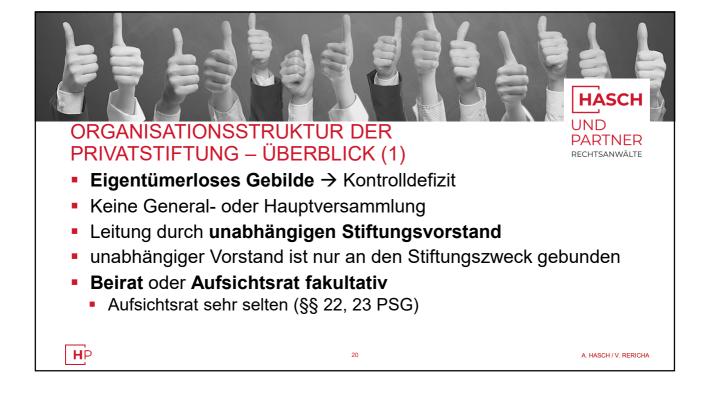
- Fakultativer Inhalt:
 - Regelungen über Bestellung, Abberufung und Funktionsdauer des Stiftungsvorstandes sowie des Stiftungsprüfers
 - Einrichtung Aufsichtsrat oder weiterer Organe samt Regelung über Bestellung, Abberufung und Funktionsdauer
 - Änderungsvorbehalt
 - Widerrufsvorbehalt



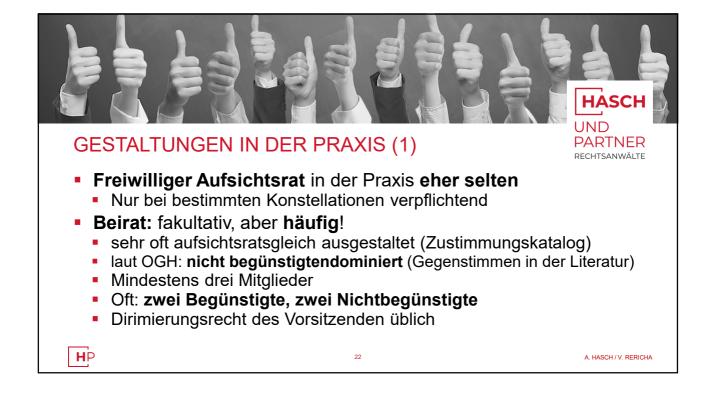
17













Zustimmungsrechte gegenüber Vorstand

- Umfang umstritten (Judikatur und Firmenbuchpraxis unterschiedlich)
- wechselnde Entscheidungen zu Geschäftsordnung für Vorstand
- Sicherung der notwendigen Unabhängigkeit des Vorstands (keine Weisungen, kein bloßes Vollzugsorgan, 6 Ob 139/13d)
- Mindestbestelldauer drei Jahre (Vorstand, Beirat)
- Beharrungsmodell



23

A. HASCH / V. RERICHA



- Manchmal Begünstigtenversammlung mit Zustimmungs- und Wahlrechten
- Stifter, geschlossener Stifterkreis
 - Stifterrechte: Widerrufsrecht, Änderungsrecht
 - Vorbehalt Widerrufsrecht versus Vermögensopfer (Bindung an Dritte, Zwei-Jahresfristen §§ 781, 782 ABGB, § 91 Ehegesetz)
 - Vorbehalt Änderungsrecht (OGH: kein widerrufsgleiches Änderungsrecht)
 - Strukturiert, Bindung, Stiftergesellschaft, nicht widerrufsgleich
 - wichtig für: Stiftungszweck (Substiftungen), möglichst präzise



24



Vorstandsbestellung:

- Durch Stifter, Begünstigte, Dritte, Beirat, Aufsichtsrat, Selbstergänzung
- Entsendungsrechte (oft mit Stimmgewichtungen) und Nachbesetzungsregelungen
- Vermeidung von Lücken in der Bestellung → handlungsfähige Stiftung sichern!



25







ORGANE DER PRIVATSTIFTUNG - ÜBERBLICK

- Zwingende Organe (§§ 15 ff PSG):
 - Stiftungsvorstand (Geschäftsführung und Vertretung)
 - Stiftungsprüfer (Kontrolle und JA-Prüfung)
 - Aufsichtsrat (bei Schwellenwertüberschreitung)
- Fakultative Organe
 - Aufsichtsrat
 - Sonstige Organe wie Beirat, Begünstigtenversammlung



21

A. HASCH / V. RERICHA



HASCH UND PARTNER RECHTSANWÄLTE

STIFTUNGSVORSTAND (1)

- Stiftungsvorstand ist <u>das</u> Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan der Privatstiftung
- Vergleichbar mit Vorstand einer AG bzw. GF einer GmbH
- Typische Pflichten eines Geschäftsführungs- und Vertretungsorgans unter Beachtung der stiftungsrechtlichen Besonderheiten (§ 17 Abs 2 PSG)
- Mindestens drei Mitglieder



28





STIFTUNGSVORSTAND (2)

Aufgaben und Pflichten

- Zentraler Kompetenzbereich (§ 17 PSG)
- Geschäftsführung
- Vertretung nach außen
- Feststellung der Begünstigten
- Entscheidung über Leistungen an Begünstigte
- Rechnungslegung



29

A. HASCH / V. RERICHA



STIFTUNGSVORSTAND (3)

HASCH UND PARTNER RECHTSANWÄLTE

Nebenpflichten

- Erstattung der notwendigen Anmeldungen zum Firmenbuch
- Wahrung der Abgabepflichten und anderer öffentlich-rechtlicher Pflichten
- Aufnahme der vorgeschriebenen Angaben in die Geschäftspapiere
- Geltendmachung von Ersatzansprüchen der PS gegenüber anderen Organen



30





STIFTUNGSVORSTAND (4)

- Nebenpflichten
 - Vornahme notwendiger Änderungen der Stiftungserklärung
 - Auflösung der Privatstiftung
 - Abwicklung der Stiftung nach ihrer Auflösung

HP

31

A. HASCH / V. RERICHA





STIFTUNGSVORSTAND (5)

- Weitere Pflichten
 - Einhaltung der Bestimmungen der Stiftungserklärung
 - Erfüllung des Stiftungszwecks
 - Beachtung der Zuwendungssperre ((§ 17 (2) 2.Satz PSG), Gläubigerschutz)
- Sorgfaltsmaßstab: gewissenhafter Geschäftsleiter in Anlehnung an § 84 AktG (§ 17 (2) 1.Satz PSG); Business Judgement Rule

HP

32





STIFTUNGSVORSTAND (6)

- Abberufung von Stiftungsvorständen
 - Gesetzliche Abberufungsgründe (demonstrative Aufzählung in § 27 Abs 2 PSG)
 - Grobe Pflichtverletzung
 - Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben
 - Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Mitglieds, die Abweisung eines Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens sowie die mehrfache erfolglose Exekution



33

A. HASCH / V. RERICHA





STIFTUNGSVORSTAND (7)

 Möglichkeit der Erweiterung der Abberufungsgründe in der Stiftungserklärung (nicht jedoch die Abberufung bei wichtigem Grund zu untersagen; RIS-Justiz RS0112248)



34





STIFTUNGSVORSTAND (8)

- Beispiele für grobe Pflichtverletzungen aus der Praxis
 - Nichtanmeldung von Urkunden
 - In-Sich-Geschäfte ohne Genehmigung
 - Verletzung von Auskunftspflichten oder Zustimmungserfordernissen
 - Nichteinhaltung oder Verletzung des Stiftungszweckes



35

A. HASCH / V. RERICHA





STIFTUNGSVORSTAND (9)

- Abberufung durch das Gericht
 - Bei Vorliegen eines Abberufungsgrundes auf Antrag oder von Amts wegen
- Abberufung durch Organe der Stiftung
 - Nur bei entsprechenden Regelungen in der Stiftungserklärung
 - Häufig Abberufungsrecht für Beirat, Stifter oder Begünstigtenversammlung



36





STIFTUNGSVORSTAND (10)

- Abberufung durch Begünstigte oder begünstigtendominierte Organe
 - Einschränkungen bei Abberufung
 - 3/4 Mehrheit bei mind. vier Organmitgliedern, sonst Stimmeneinhelligkeit bei unter vier Organmitgliedern (§ 14 (3) PSG)
 - Abberufung aus <u>anderen als gesetzlichen Abberufungsgründen</u>: Begünstigten (und/oder Angehörigen (§ 15 (2) PSG) oder Beauftragten (§ 15 (3a) PSG) darf nicht Mehrheit der Stimmen zustehen (§ 14 (4) PSG)



37

A. HASCH / V. RERICHA





STIFTUNGSVORSTAND (11)

- OGH 14.01.2016, 6 Ob 244/15y zur Abberufung aus wichtigem Grund
 - Sachverhalt
 - Stiftungsvorstand gab Angebot über Ankauf von Bussen ab
 - Einstimmiger Beschluss des Stiftungsvorstandes kam nicht zustande
 - Antrag eines Vorstandsmitgliedes auf Abberufung gemäß § 27 Abs 2 Z 1 PSG – Abschluss eines zustimmungspflichtigen Geschäfts ohne Zustimmung sei grobe Pflichtverletzung



38





STIFTUNGSVORSTAND (12)

- Kernaussagen des OGH
- Ob grobe Pflichtverletzung vorliegt sei anhand der konkreten Umstände des Einzelfalls zu prüfen
- Prüfung unter dem Gesichtspunkt des Funktionierens der PS und ob Verfolgung Stiftungszweck mit ausreichender Sicherheit in Zukunft gewährleistet ist
- Kein strenger Maßstab ob Abberufungsgrund vorliegt, da bei PS fehlende Kontrollmechanismen



39

A. HASCH / V. RERICHA





STIFTUNGSVORSTAND (13)

- Kernaussagen des OGH
- Mehrere einzelne Pflichtverletzungen können bei Gesamtbetrachtung eine Abberufung rechtfertigen
- Nichteinholung der Zustimmung der weiteren Vorstandsmitglieder stellt in analoger Anwendung der Rechtsprechung zu § 17 Abs 5 PSG grobe Pflichtverletzung dar
- Nicht firmenmäßige Zeichnung iSd § 16 PSG nicht maßgeblich für Wirksamkeit der Vertretungshandlung



40





STIFTUNGSVORSTAND (14)

- OGH 25.04.2019, 6 Ob 35/19v zum Missbrauch der Vertretungsmacht
 - Sachverhalt
 - Stiftungsvorstand bestand aus vier Mitgliedern; jeweils zwei der vier Mitglieder waren gemeinsam vertretungsbefugt
 - Beschlussfassung mit einfacher Mehrheit bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder
 - Langjährige Differenzen innerhalb des Vorstandes



41

A. HASCH / V. RERICHA





STIFTUNGSVORSTAND (15)

- Sachverhalt
 - Zwei Vorstandsmitglieder haben eine Rechtsanwälte GmbH ua. damit beauftragt Missstände in der Stiftung aufzudecken
 - Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden davon nicht in Kenntnis gesetzt; der Rechtsanwälte GmbH war dies bekannt
- Kernaussagen des OGH
 - Potenzielle Geschäftspartner sind nicht daran gehalten, interne Zuständigkeitsregeln der handelnden Organe zu prüfen



42





STIFTUNGSVORSTAND (16)

- Dritte, die von den internen Zuständigkeitsregeln wissen sind nicht schutzwürdig
- Missbrauch der Vertretungsmacht führt zur schwebenden Unwirksamkeit des Rechtsgeschäfts
- Geleistete Zahlungen der PS sind nach § 1431 ABGB rückabzuwickeln, wenn keine wirksame Beauftragung



43

A. HASCH / V. RERICHA





STIFTUNGSPRÜFER (1)

- Zwingendes Organ (§ 20 PSG)
- Nur Wirtschaftsprüfer/Buchprüfer oder entsprechende Gesellschaften
- Unabhängig:
 - Darf nicht Begünstigter, Vorstand, oder naher Angehöriger sein
- Bestellung durch Gericht oder (selten) Aufsichtsrat



44





STIFTUNGSPRÜFER (2)

- Kontrollorgan
- Aufgaben:
 - Prüfung Jahresabschluss und Lagebericht (§ 21 PSG iVm § 269 UGB)
 - Bericht an Vorstand und Gericht
 - Antragsrecht auf Sonderprüfung (§ 31 PSG)
- Keine rückwirkende Bestellung zulässig



45

A. HASCH / V. RERICHA



HASCH UND PARTNER

AUFSICHTSRAT (1)

- Zwingend (obligatorisch) (§ 22 PSG), wenn
 - 300 Arbeitnehmer oder
 - Beteiligung > 50 % an Unternehmen mit > 300 Arbeitnehmer
- Fakultativ:
 - Nur bei ausdrücklicher Regelung in der Stiftungsurkunde
- Mind. 3 Mitglieder (natürliche Personen)
- Nicht begünstigtendominiert (§ 23 PSG)



46





AUFSICHTSRAT (2)

- Aufgaben:
 - Überwachung der Geschäftsführung
 - Zustimmung zu bestimmten Geschäften (zB Kredite, Liegenschaftskäufe, Beteiligungen, etc.)
 - Vertretung gegenüber Vorstand (§ 25 PSG)

HP

47

A. HASCH / V. RERICHA



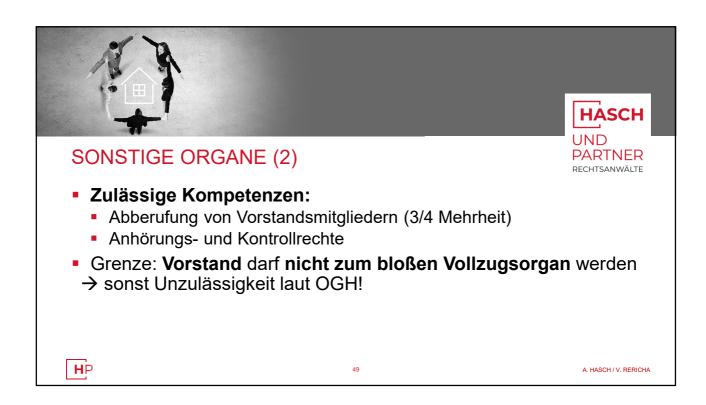
SONSTIGE ORGANE (1)



- Frei gestaltbar durch Stifter (§ 14 PSG)
- Zulässig, wenn in Stiftungsurkunde geregelt
- Typische Organe:
 - Beirat (nicht aufsichtsratsähnlich!; nicht begünstigtendominiert!)
 - Begünstigtenversammlung

HP

48









ALLGEMEINES

- Begünstigte = Personen oder Organisationen, die Leistungen aus der Stiftung erhalten
 - zB Familienmitglieder
 - Mitarbeiter
 - Dritte
 - gemeinnützige Organisationen
- Keine Organe der Stiftung; profitieren sozusagen lediglich von der Stiftung!



51

A. HASCH / V. RERICHA



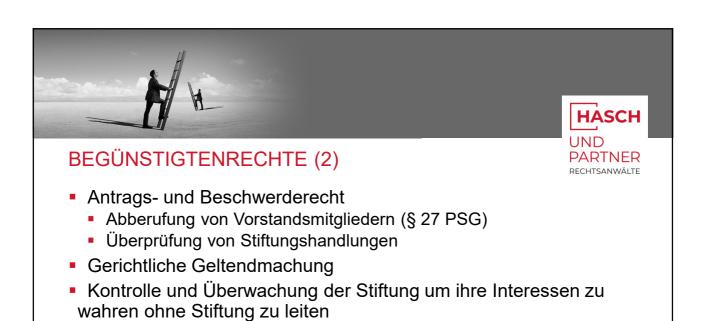
HASCH UND PARTNER

BEGÜNSTIGTENRECHTE (1)

- Anspruch auf Zuwendungen (§ 5 PSG)
- Informationsrechte
 - Einsicht in Jahresberichte und Rechnungslegung (§ 30 PSG)
 - Transparenz über Stiftungshandlungen, Auskunftsrecht
- Kontrollrechte
 - Kontrolle der ordnungsgemäßen Geschäftsführung

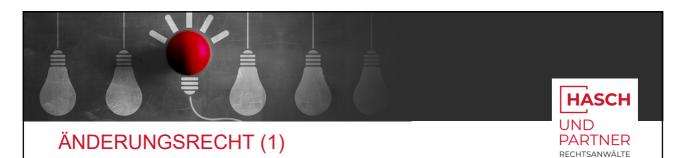


52



HP 53 A. HASCH / V. RERICHA





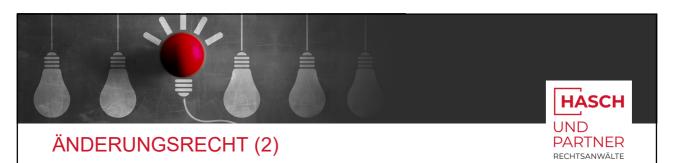
Vor Entstehung der Privatstiftung

- Widerruf und Änderung durch Stifter
 - Jederzeit möglich (§ 33 Abs 1 PSG)
 - Ausnahme: mehrere Stifter, einer fällt weg → kein Widerruf möglich, nur noch Änderungen unter Wahrung des Stiftungszwecks
- Wegfall des einzigen bzw. letzten Stifters
 - Stiftungsvorstand kann nach Wegfall Änderungen vornehmen, wenn geänderte Umstände oder Eintragungshindernisse bestehen



55

A. HASCH / V. RERICHA



Nach Entstehung der Privatstiftung

- Vorbehaltenes Änderungsrecht
 - Nur möglich, wenn ausdrücklich in der Stiftungsurkunde vorgesehen → kann nach Eintragung der Privatstiftung nicht mehr nachgeholt werden!
 - Höchstpersönliches Recht des Stifters, nicht übertragbar
 - Ausübung durch bevollmächtigte Dritte möglich
- Tod des Stifters
 - Vollmachten erlöschen → Änderungen durch bevollmächtigte Dritte nach Tod nicht mehr möglich



56





- Erblasser verstarb 2019. Er hinterließ eine Witwe (die nunmehrige Klägerin), zwei Söhne und eine Tochter. Als Alleinerbin wurde die Klägerin eingesetzt. Den Kindern wurden Stückaktien an der H* AG vermacht
- Reiner Nachlass belief sich auf rund EUR 1 Mio. Abzüglich der Stückaktien verblieben für die Klägerin ca. EUR 75.000,00
- Bereits 1998 errichtete der Erblasser, gemeinsam mit seinem älteren Sohn die beklagte Privatstiftung
- Erblasser wendete der PS bei deren Errichtung ATS 1 Mio. und den überwiegenden Teil seiner Geschäftsanteile an der H* GmbH, sowie vier Liegenschaften zu. Mittels Nachstiftungen 2001 und 2002 wurden fünf weitere Liegenschaften endet

HP 58 A. HASCH / V. RERICHA



- Der ältere Sohn widmete seinen Geschäftsanteil an der H* GmbH
- Erblasser **Nominierung** der Mitglieder des oblag ersten Stiftungsvorstandes und (generell) die Bestimmuna des Vorstandsvorsitzenden. Familienbeirat – welcher bis zur Bestellung eines für das Vermögen des Erblassers zuständigen Sachwalters nur aus mindestens einem Mitglied bestsehen musste - hatte Mitwirkungsrechte
- Erblasser war auf Lebenszeit bzw. bis zur allfälligen Sachwalterbestellung
 Mitglied des Familienbeirats

59



A. HASCH / V. RERICHA



- Stiftungsvorstand war nicht befugt, die der Stiftung gehörenden Geschäftsanteile an der H* GmbH zu veräußern oder zu belasten, die Veräußerung von Liegenschaften war nur an die H* GmbH gestattet
- Erblasser war auf Lebenszeit bestellter GF der H* GmbH; Stiftung hatte dafür zu sorgen, dass dieser nicht abberufen wird
- In der Stiftungsurkunde hatte sich der Erblasser außerdem auf Lebenszeit ein alleiniges umfassendes Änderungsrecht vorbehalten
- Ein Widerrufsrecht wurde ebenfalls vorgesehen, dieses konnte jedoch nur von den Stiftern einstimmig ausgeübt werden
- Die Klägerin nahm nunmehr die beklagte PS auf Zahlung von EUR 25.000,00 in Anspruch

HP 60 A. HASCH / V. RERICHA



In der Entscheidung 2 Ob 98/17a hatte der OGH (allerdings zur Rechtslage VOR dem ErbRÄG 2015) in einem sog. obiter dictum ausgeführt, dass nach Ansicht des OGH der Vorbehalt eines umfassenden Änderungsrechtes bei einer Privatstiftung den Eintritt des Vermögensopfers nicht verhindert und somit die zwei Jahresfrist für die Schenkungsanrechnung zu laufen beginnt

- Bereits in der Vorentscheidung 10 Ob 45/07a hatte der OGH ausgeführt, dass das Vermögensopfer jedenfalls dann nicht erbracht worden ist, wenn sich der Erblasser als Stifter sowohl ein umfassendes Änderungs- als auch ein Widerrufsrecht vorbehalten hat
- Zwischenzeitige Judikatur zur alten Rechtslage (vor ErbRÄG): "Es gibt kein widerrufsgleiches Änderungsrecht."



61

A. HASCH / V. RERICHA



- § 781 Abs 2 Z 4 ABGB sieht vor, dass Vermögenswidmungen bzw. Vermögenszuwendungen an PS als Schenkungen gelten, welche bei der Pflichtteilsberechnung hinzu- bzw. anzurechnen sind. Ob die Zuwendung bei Gründung oder im Wege einer Nachstiftung erfolgte, ist unbeachtlich
- Die PS ist eine juristische Person und als solche nicht pflichtteilsberechtigt. Die Hinzurechnung wird daher gemäß § 782 Abs 1 ABGB durch die Zweijahresfrist begrenzt
- Maßgeblich ist daher, wann das Vermögensopfer erbracht wurde
- Das Vermögensopfer ist dann erbracht, wenn das Vermögen endgültig und unwiderrufbar übertragen wurde



62



- Nach einer umfassenden Beschäftigung mit Rechtsprechung und Lehre kommt der OGH im gegenständlichen Fall zu folgendem Ergebnis:
- "Nach Ansicht des Senats steht ein umfassender, vom <u>Erblasser alleine</u> auszuübender Änderungsvorbehalt (hier: "in jedem Punkte") der Erbringung des Vermögensopfers im Anwendungsbereich des ErbRÄG 2015 entgegen."



63

A. HASCH / V. RERICHA



- Begründet wird dies damit, dass aufgrund des uneingeschränkten Änderungsvorbehaltes jede Änderung der Stiftungsurkunde zulässig ist. Die Änderung könnte damit auch so ausgeübt werden, dass Auszahlungen an den Stifter angeordnet werden
- Die Änderungsbefugnis beinhaltet außerdem auch die Änderung des Stiftungszwecks, der Begünstigten und der Letztbegünstigten, die Höhe und Fälligkeit von Zuwendungen, sodass sich der Stifter beim Änderungsrecht sogar einen klagbaren Anspruch auf Leistungen von Zuwendungen verschaffen kann



64



Der OGH kommt zum Ergebnis, dass das Änderungsrecht keine widerrufsgleiche Wirkung erzeugen darf. Entscheidend ist für ihn letztlich aber, dass der umfassende Änderungsvorbehalt Änderungen des Stiftungszwecks, der Begünstigten und Letztbegünstigten und der Höhe und Fälligkeit von Zuwendungen ermöglicht



65

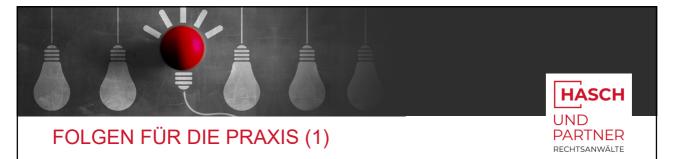
A. HASCH / V. RERICHA



- Damit ist wenn auch nicht uno actu ein dem Widerruf wirtschaftlich annähernd gleichzuhaltendes Ergebnis erzielbar, was der Erbringung eines Vermögensopfers zur Gänze entgegensteht
- Der umfassende Änderungsvorbehalt als rechtliche Gestaltungsmöglichkeit ist damit letztlich Ausdruck der "verlängerten Eigentümerinteressen", also des Umstands, dass der Stifter seine Eigentümerstellung zu bewahren trachtet



66

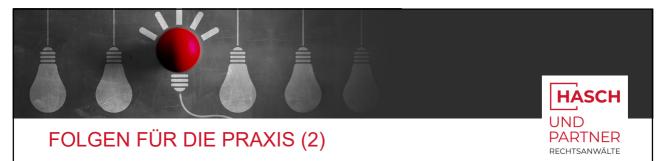


- Bei Errichtung einer Stiftung ist es oftmals im Interesse der Stifter, dass bei Errichtung oder auch Nachstiftung die Zweijahresfrist des § 782 (1) ABGB hinsichtlich der pflichtteilsrechtlichen Hinzu- und Anrechnung von Schenkungen ausgelöst wird
- Gleichzeitig ist es aber regelmäßig auch im Interesse der Stifter, weiterhin einen gewissen Einfluss bezüglich der Privatstiftung zu behalten, was insbesondere auch durch Änderungsrechte erreicht wird



67

A. HASCH / V. RERICHA

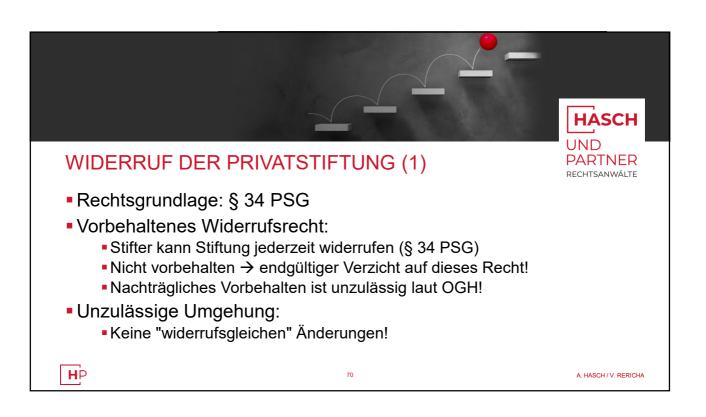


- Bisher vertrat der OGH die Ansicht, dass der Vorbehalt von Änderungsrechten nicht den Beginn der Zweijahresfrist hindert. Dies hat sich nun geändert
- Dies führt dazu, dass diese beiden Bedürfnisse der Stifter nunmehr in direktem Konflikt stehen und bei der Errichtung der Stiftungsurkunde nunmehr besonderes Augenmerk auf die Ausgestaltung von Änderungsrechten gelegt werden muss, um nicht den Beginn der Zweijahresfrist (für den Eintritt des Vermögensopfers) zu hindern. ⇒ Prüfung der bestehenden Änderungsvorbehalte in Privatstiftungen!



68



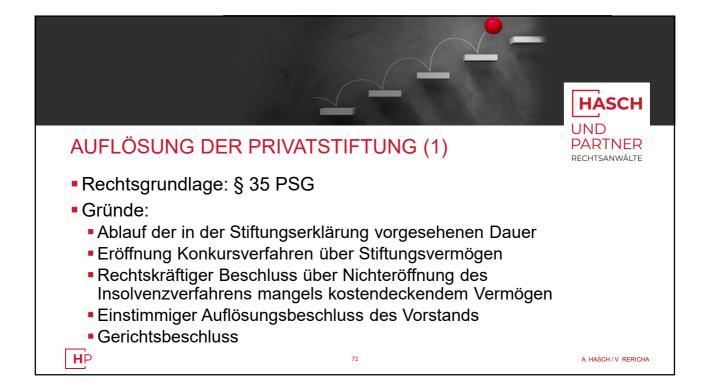




- Dauer der Stiftung kann nicht nachträglich so verkürzt werden, dass sie einem Widerruf gleichkäme
- Höchstpersönliches Recht (wie Änderungsrecht!)
- Für juristische Person nicht vorbehalten (§ 34 Satz 2 PSG)
- Einseitige Willenserklärung
- Widerrufsrecht ist pfändbar
- Bindung an Dritte denkbar



/ 1

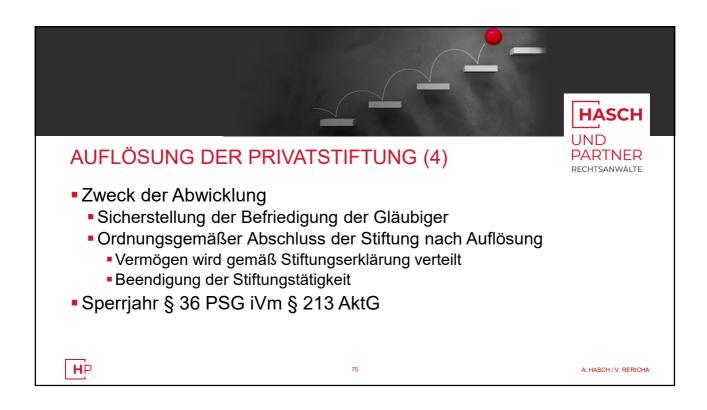




- Pflicht des Stiftungsvorstands zur Auflösung
 - Zulässiger Widerruf des Stifters
 - Stiftungszweck erreicht oder nicht mehr erreichbar (bspw. mangelndes Vermögen)
 - Nicht gemeinnützige Stiftung, überwiegender Zweck ist die Versorgung natürlicher Personen, 100 Jahre abgelaufen → keine Verlängerung durch Letzbegünstigte!
 - Weitere in Stiftungserklärung genannte Gründe











- Drei Besteuerungsebenen
 - Zuwendungen an die Privatstiftung Stiftungseingangssteuer
 - Laufende Besteuerung der Stiftung Körperschaftssteuer und Zwischensteuer
 - Zuwendungen von der Stiftung an Begünstigte Kapitalertragssteuer



A. HASCH / V. RERICHA



- Stiftungseingangssteuer (StiftESt)
 - Für unentgeltliche Zuwendungen
 - Steuersatz: 2,5 % (ab 1.1.2026: 3,5 %) vom gemeinen Wert
 - Erhöhter Satz (25 %), wenn zB
 - Keine Offenlegung der Stiftungsdokumente
 - Keine Registrierung im Firmenbuch
 - Bemessungsgrundlage: gemeiner Wert minus Schulden/Lasten
 - Steuerbefreiungen zB für kirchliche und gemeinnützige Privatstiftungen

HP

78



Zuwendung von Grundstücken

- GrESt (Stufentarif bzw. 3,5 %), zusätzlich Stiftungseingangs-steueräqivalent iHv 2,5 % (ab 1.1.2026: 3,5%) sowie Eintragungsgebühr iHv 1,1 %
- Steuerbemessung: gemeiner Wert

Gesellschaftsanteile

- StiftESt 2,5 % (ab 1.1.2026: 3,5%)
- Bemessungsgrundlage: Kurs oder gemeiner Wert
- "Wiener Verfahren"



79

A. HASCH / V. RERICHA



- Körperschaftssteuerpflichtig mit 23 %
- Steuerlich wie AG oder GmbH zu behandeln
- Voraussetzung für Sonderregelungen: Offenlegung aller Dokumente beim Finanzamt
- Kein operativer Geschäftsbetrieb erlaubt, aber bspw. Vermietung

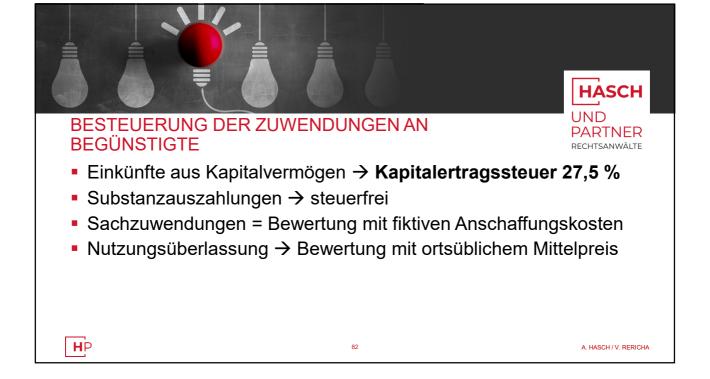
HP

80



- Zwischensteuer 23 % (ab 1.1.2026 auf 27,5 % erhöht!)
- Verhindert Steuerstundung durch Thesaurierung
- Erfasst sind Zinsen, Derivate, Kursgewinne, etc.
 Grundstücksverkäufe (keine ImmoESt!), Veräußerung von Beteiligungen
- Bei späteren Zuwendungen an Begünstigte wird Zwischensteuer angerechnet

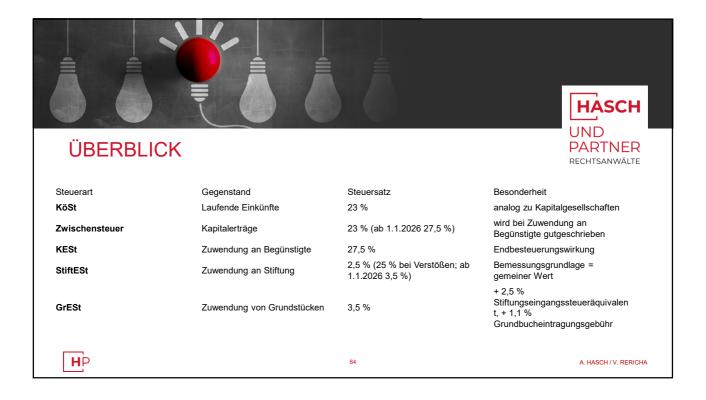






- Keine Rückerstattung der StiftESt
- Letztzuwendung → KESt 27,5 %, Substanzanteile steuerfrei
- Zwischensteuer wird angerechnet
- Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)
 - Zuwendungen an ausländische Begünstigte teils steuerfrei











- Erhalt von Kulturgütern (zB Kunstsammlungen)
- Vermeidung von Erbstreitigkeiten und Familienspaltungen
- Typisches Konfliktpotential in Stiftungen
 - Zusammensetzung von Gremien
 - Zustimmungsrechte bei GF-Maßnahmen
 - Gewinnverteilungsentscheidungen
 - Unterschiedliche Haltung der Begünstigten (Lebensstil)



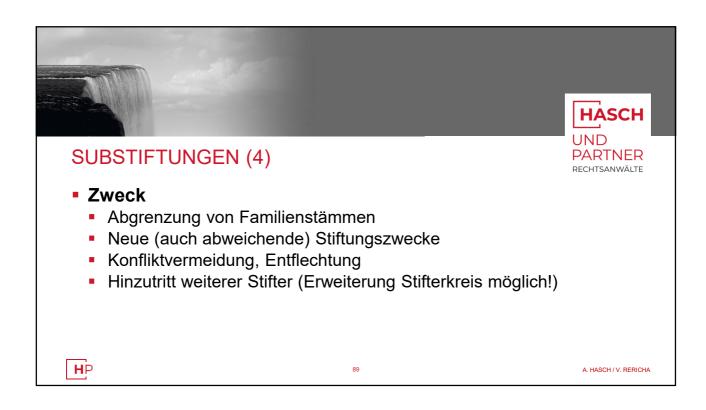
A. HASCH / V. RERICHA

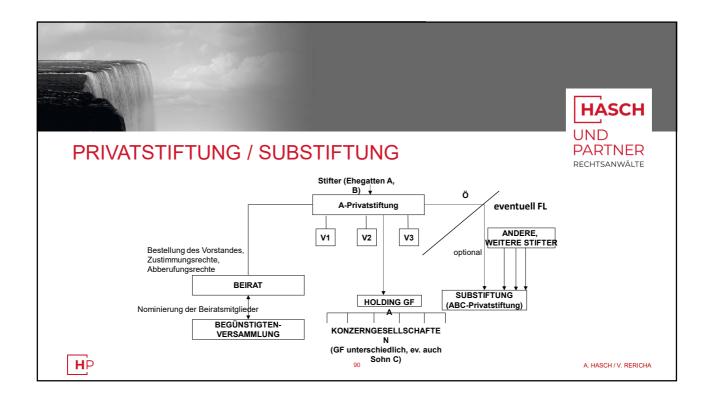


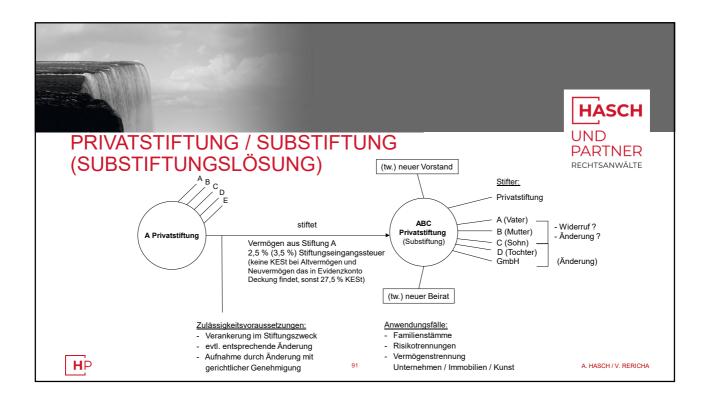
- Oftmals entsteht der Wunsch nach klarer Trennung der Interessensphären => Errichtung von Substiftungen!
- Substiftung = eigenständige Privatstiftung, errichtet durch Hauptstiftung
- Rechtsgrundlage: Stiftungserklärung der Hauptstiftung muss Errichtung erlauben

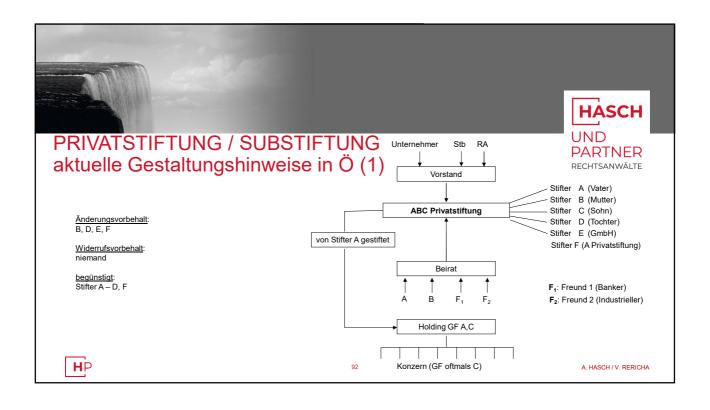


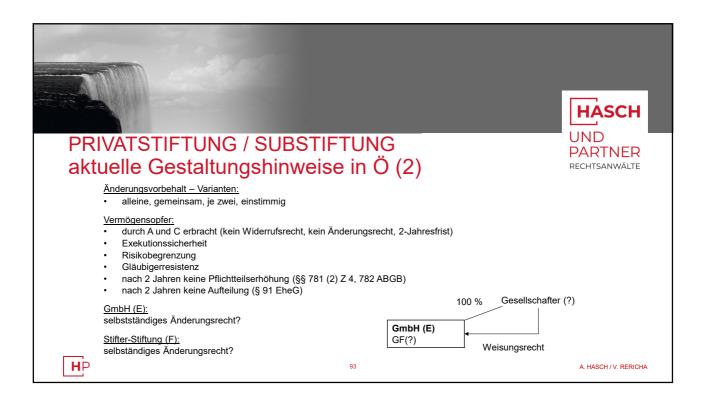
88

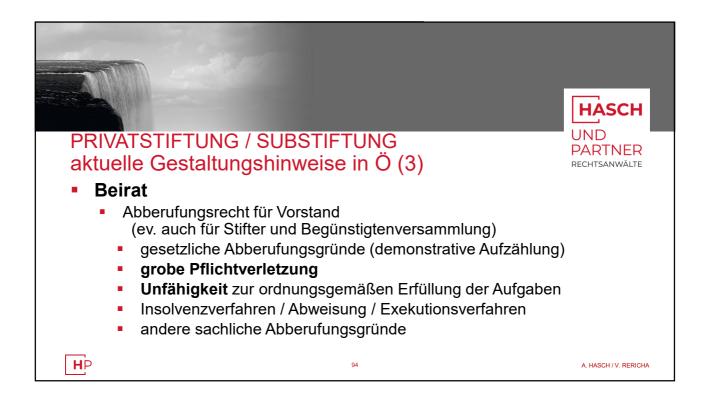














- In-Sich-Geschäfte
- Verletzung von Auskunftspflichten oder Zustimmungserfordernissen
- Nichteinhaltung oder Verletzung des Stiftungszwecks

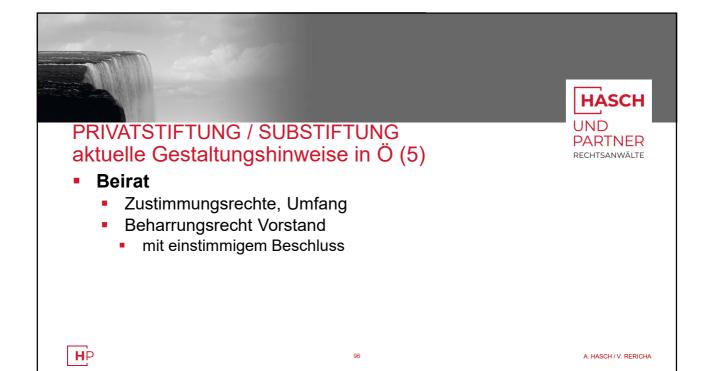


A. HASCH / V. RERICHA

HASCH

PARTNER

RECHTSANWÄLTE







Beiratsbesetzung

- aufsichtsratsähnlicher Beirat ⇒ mindestens
 3 Mitglieder
- begünstigtendominierte Organe können Vorstand abberufen, aber:
 3/4 Mehrheit (bei mind. 4 Mitgliedern) (§ 14 (3) PSG)
- Stimmeinhelligkeit (unter 4 Mitgliedern)
- bei nicht gesetzlichen Abberufungsgründen darf Begünstigten nicht die Mehrheit der Stimmen zustehen (§ 14 (4) PSG)

HP

91

A. HASCH / V. RERICHA

PRIVATSTIFTUNG / SUBSTIFTUNG aktuelle Gestaltungshinweise in Ö (7)

HASCH UND PARTNER RECHTSANWÄLTE

Beiratsbesetzung

- Empfehlung:
 - viergliedriger Beirat
 - 2 Begünstigte / 2 Nichtbegünstigte
 - ev. Dirimierungsrecht für einen Begünstigten

HP

98





- Kongruenzjudikatur beachten (6 Ob 108/15y, 6 Ob 237/15y, 6 Ob 228/17y)
- Deckung der Errichtung einer Substiftung im In- und Ausland und Vermögensübertragung im Stiftungszweck der "Mutter" Privatstiftung vorsehen, auch Zulässigkeit eines abweichenden Stiftungszwecks der Substiftung
- Zulässigkeit der Erweiterung des Stifterkreises vorsehen

HP

99

A. HASCH / V. RERICHA

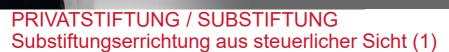
PRIVATSTIFTUNG / SUBSTIFTUNG Gestaltungshinweise rechtlich (2)



- umfassendes Änderungsrecht zweckmäßig:
 - Stiftungszweck; Zahl und Personen der Begünstigten und Letztbegünstigten; Höhe, Fälligkeit und Gesamtausmaß der Zuwendungen
 - Zulässigkeit der Substiftung als Begünstigte der Stifter-Stiftung vorsehen bzw. umsetzen
 - Zustimmung der Begünstigten der Stifter-Stiftung bei Umsetzung vorsehen

HP

100





- grds. KÖSt bei übertragender Privatstiftung
 (zB Wegzugbesteuerung bei Anteilsübertragung ins Ausland)
- grds. KÖSt bei übernehmender Privatstiftung: Erhalt einer Zuwendung, Erhebung durch KESt bei Stifter-Stiftung, ggf. Reduktion durch DBAS
- Verkehrssteuern: Stiftungseingangssteuer, USt, GrESt, etc.

HP

101

A. HASCH / V. RERICHA

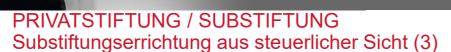
PRIVATSTIFTUNG / SUBSTIFTUNG Substiftungserrichtung aus steuerlicher Sicht (2)



- bis SchenkMG 2008:
 - nicht steuerbar bei Fortsetzung des Stiftungszwecks durch Substiftung (StiftR 2009 Rz 275 und 278)

HP

102





- Neuregelung iZm SchenkMG 2008:
 - grds. KESt-pflichtige Zuwendung (fiktive Anschaffungskosten), die aber wie folgt steuerneutral ist:
 - Altvermögen (bis 01.08.2008); § 27 (5) Z 8 lit g EStG:
 - Deckung in unternehmensrechtlicher Vermögensaufstellung zum 31.07.2008
 - Zuwendung im Stiftungszweck der Stifter-Stiftung gedeckt
 - Fortsetzung steuerlicher Werte der Stifter-Stiftung
 - keine Erhöhung des Evidenzkontos



A. HASCH / V. RERICHA

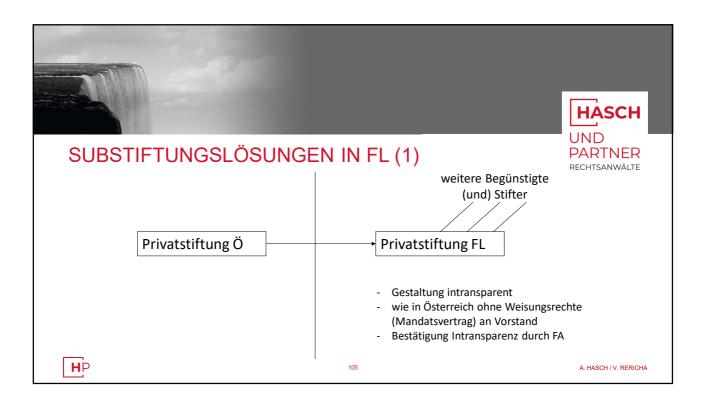


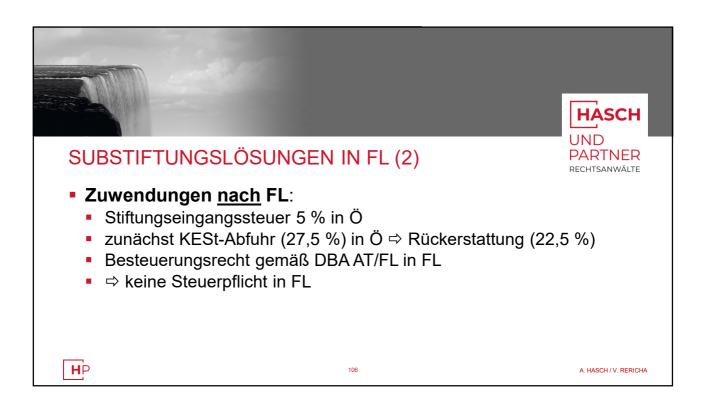


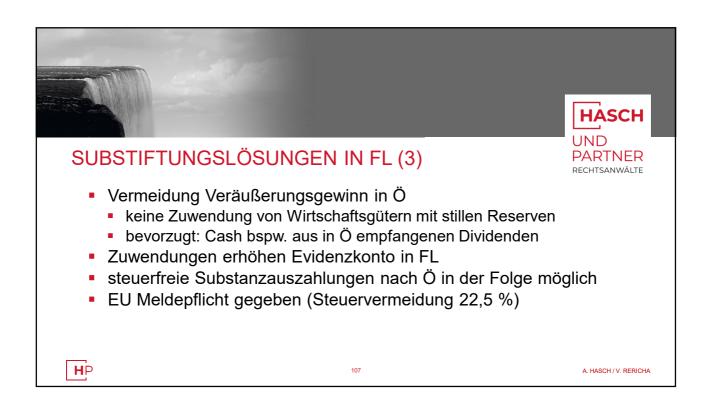
- Neuvermögen (ab 01.08.2008); § 27 (5) Z 8 lit f EStG:
 - Deckung im Evidenzkonto der Stifter-Stiftung
 - Übernahme der steuerlichen Werte durch Substiftung (gilt als Substanzauszahlung der Stifter-Stiftung)
 - keine Deckung im Stiftungszweck, weil Zuwendung erfolgt

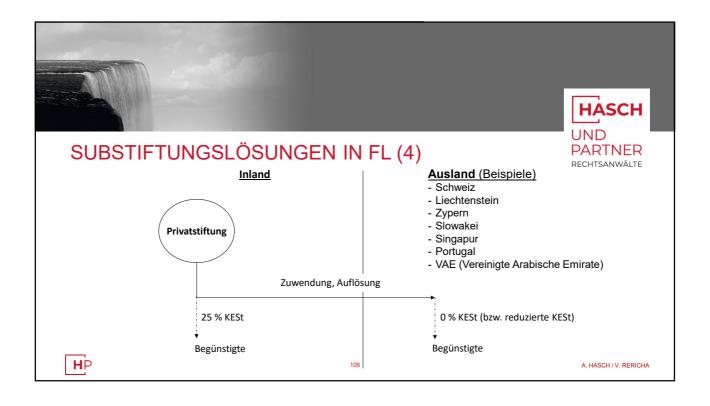
HP

104

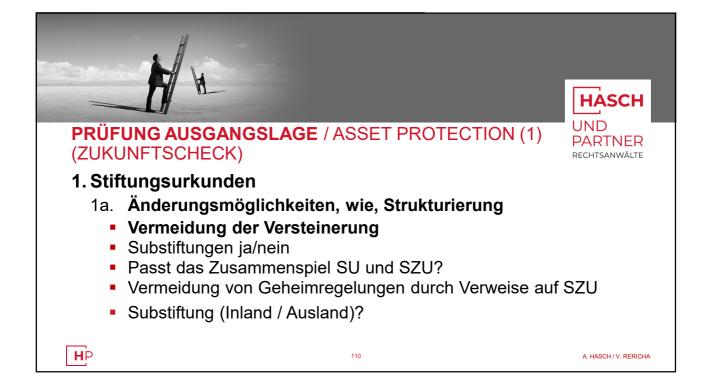














PRÜFUNG AUSGANGSLAGE / ASSET PROTECTION (2) (ZUKUNFTSCHECK)



1. Stiftungsurkunden

- 1b. Stiftungszweck
 - Breit genug, um zukünftige Tätigkeiten abzudecken?
 - Präzise genug, um keine Auflösung der PS wegen Unerreichbarkeit des Stiftungszwecks zu provozieren?
 - Substiftung (Inland / Ausland)?



111

A. HASCH / V. RERICHA



2. Stiftungsorgane

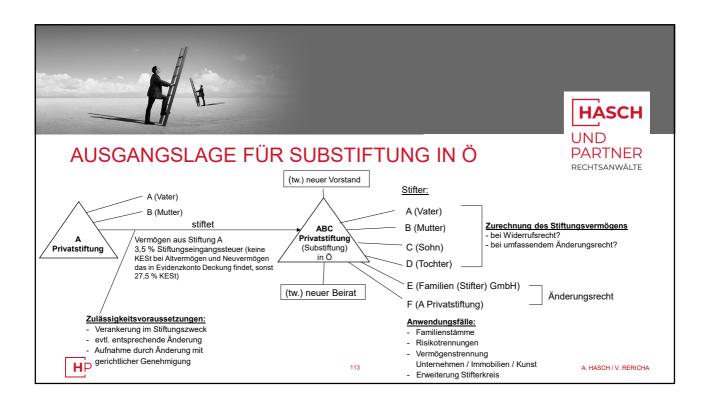
- Vorstand (Besetzung, Nachfolge, Qualifikationen, Verhältnis zu Beirat bzw. Begünstigten)
- Beirat (Besetzung, Nachfolge, Entsendungsrechte, nicht begünstigtendominiert, Zustimmungsrechte, Beharrungsrecht des Vorstands)

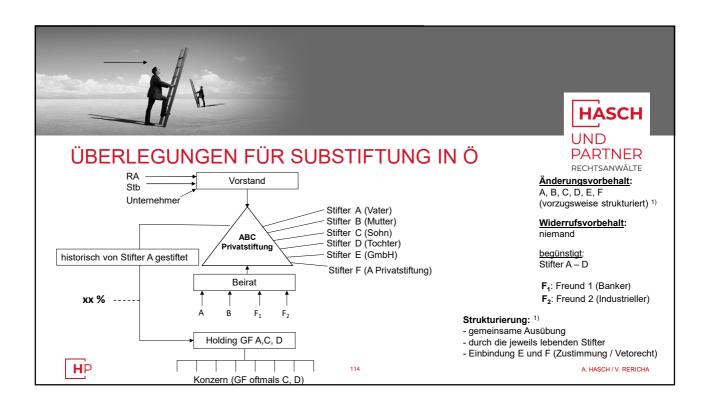
3. (Stifter)-Umfeld

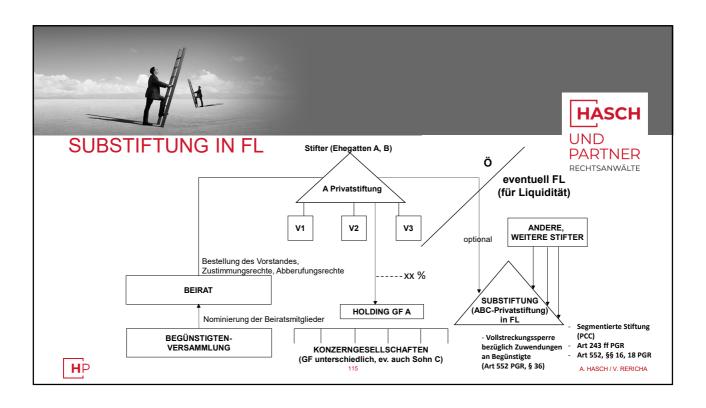
Familie, Funktionen, Spannungsfelder, Pflichtteilsregelungen (-verzichte)

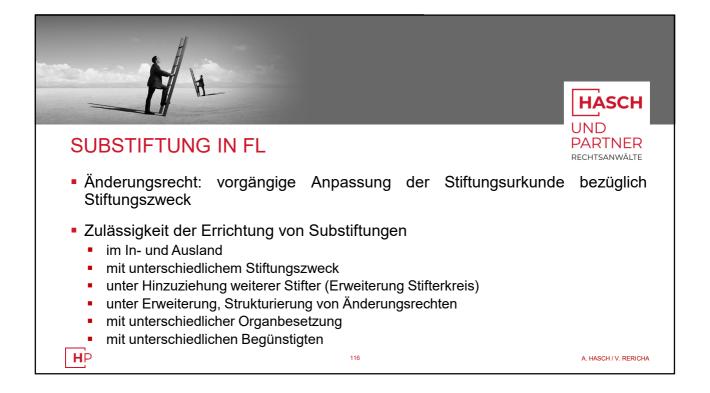


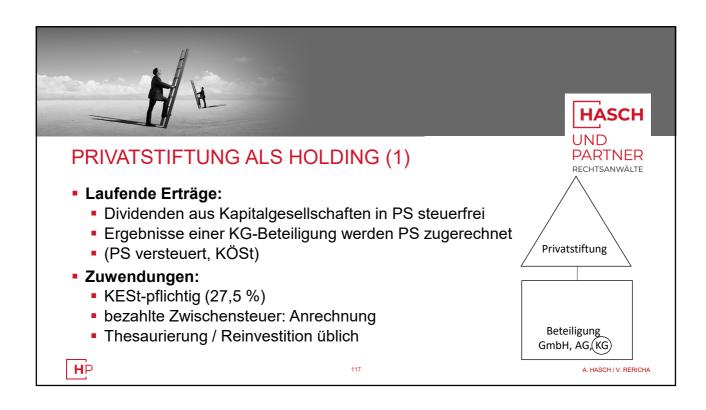
112

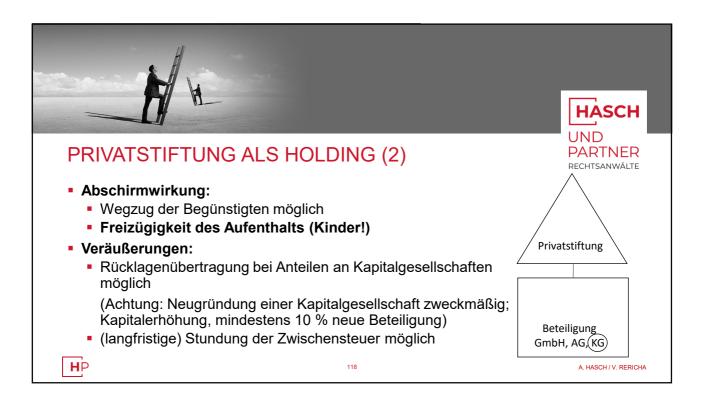




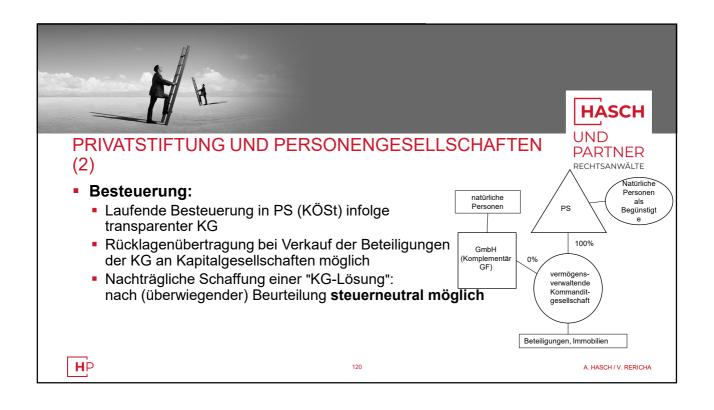


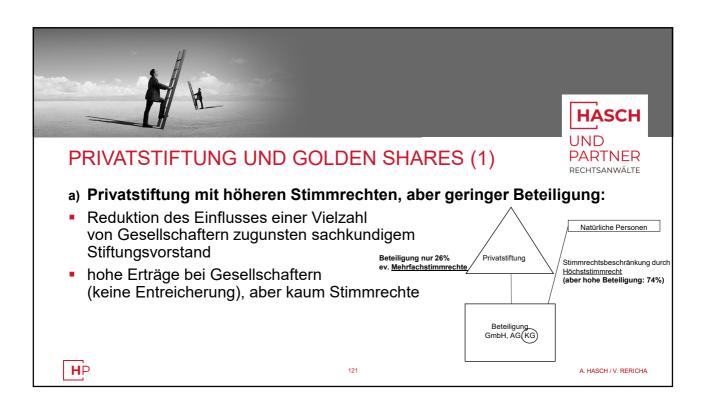


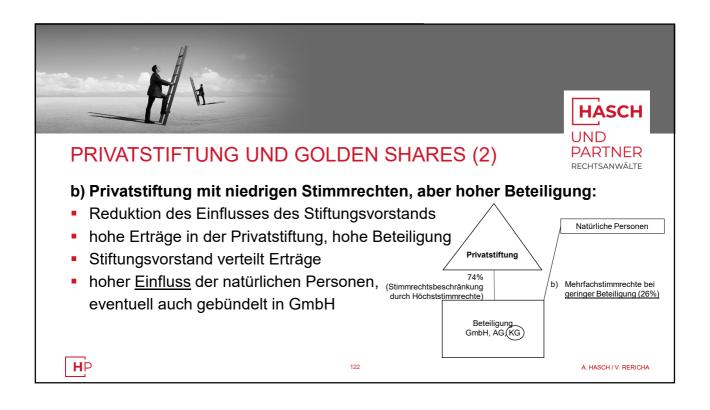


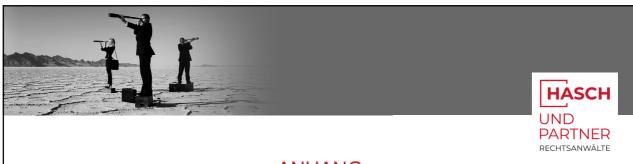












ANHANG:

HP

123

A. HASCH / V. RERICHA



- Intransparente/transparente Gestaltung möglich
- Gemischter Zweck möglich (privatnützig/gemeinnützig)
- Aufsichtsratsähnliche Organe (Dominanz der Begünstigten in Protektorat [Beirat]) mit Zustimmungsrechten gegenüber dem Stiftungsrat; wie in Ö mit "Beharrungsrecht" des Stiftungsrates)
- Exekutionssichere Ausgestaltung (Art. 552 PGR § 36, Vollstreckungssperre gegen Begünstigte)
- Segmentierte Stiftung, PCC (Protected Cell Company)

HP

124



- Klare steuerliche Intransparenzkriterien im DB- Abkommen Ö/FL:
 - Keine Mitgliedschaft im Stiftungsrat (SR), Abberufung SR nur aus wichtigem Grund, kein Mandatsvertrag zu SR
 - Geringes Mindestvermögen, EUR 30.000,00
 - Vorstand nur 2 Personen, 1 Repräsentant, ausl. Besetzung (zivilrechtlich!) möglich
- Befristete Vorstandsbesetzung möglich
- Ort der Geschäftsleitung beachten



A. HASCH / V. RERICHA



- VORTEILE
 - Bloße Hinterlegungsanzeige beim Handelsregister
 - Treuhändige Gründung, kein Notariatsakt (notarielle Beglaubigung im Ausland bspw. in Ö möglich)
 - Nicht offengelegte Beistatuten (vgl. öSZU)
 - Günstiges Steuerregime; (weitere Substiftungen ohne große Kosten!!)
 - Juristische Personen als Stiftungsrat möglich
- NACHTEILE:
 - Kein Änderungsrecht für juristische Personen als Stifter,
 - Abfederung durch erweiterte Änderungsrechte der Organe gemäß Stiftungszweck bzw. weitere Substiftungen

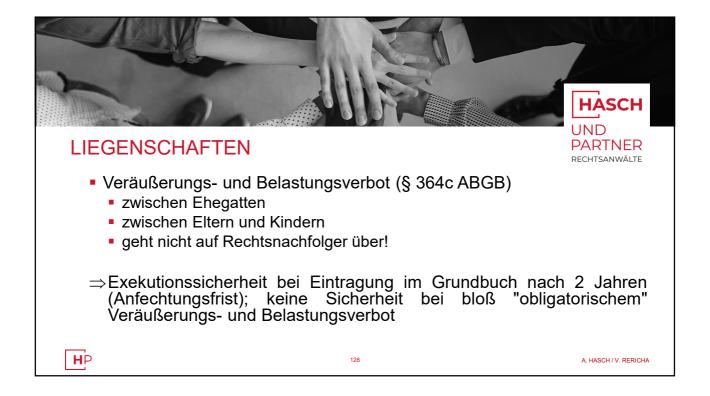
(ohne weitere Stiftungseingangssteuer!)

Gesetzesänderung angeregt



126







- Unentgeltliche Übergabe mit Vorbehalten
- Gemischte Schenkung mit Vorbehalten
 - Gegenleistung bis 75 % des Verkehrswertes möglich!!
 - Keine Steuerbelastung

HP

129

A. HASCH / V. RERICHA



- Fruchtgenussrecht (=Wohnrecht und Recht auf Vermietung bei Liegenschaften; Erträge, aber kein Stimmrecht bei Gesellschaftsanteilen)
- Wegfall des Fruchtgenussrechts nicht steuerpflichtig; Ausdehnung zugunsten Dritter möglich
- daher Stimmrechtsbindung durch Gesellschaftervereinbarung (= Syndikatsvertrag); Notariatsakt
- zusätzlich freies Widerrufsrecht von Schenkungen möglich!
- diesfalls Auflösend bedingter Pflichtteilsverzichtsvertrag

HP

130



- Verfügungsverbot aufnehmen
- Keine absolute Wirkung mehr
- Belastungs- und Veräußerungsverbot parallel
- auflösend bedingter Pflichtteilsverzicht



A. HASCH / V. RERICHA

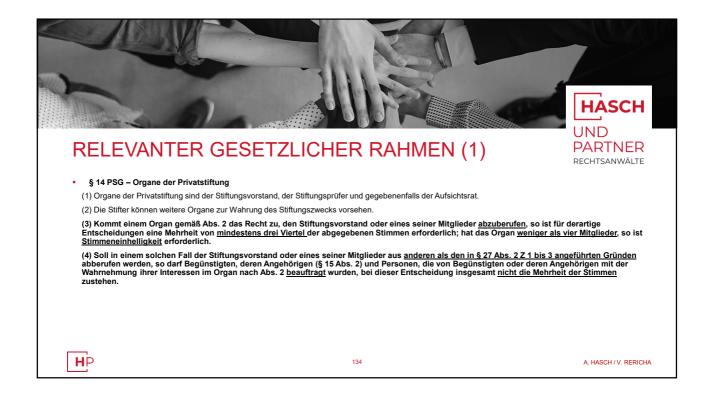


- Exekutionssicherheit durch Vereinbarung zugunsten familiärer Bezugsberechtigter besser:
 - Direkte Bezugsberechtigung zugunsten Gattin, Kinder
 - ist widerrufbar, änderbar
 - dadurch direkter Bezug der Berechtigung der Berechtigten außerhalb Verlassenschaft

HP

132







§ 15 PSG – Stiftungsvorstand

(1) Der Stiftungsvorstand muss aus wenigstens drei Mitgliedern bestehen; zwei Mitglieder müssen ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes, BGBI. Nr. 909/1993, haben.

(2) Ein Begünstigter, dessen Ehegatte, dessen Lebensgefährte sowie Personen, die mit dem Begünstigten in gerader Linie oder bis zum dritten Grad der Seitenlinie verwandt sind, sowie juristische Personen können nicht Mitglieder des Stiftungsvorstands sein.

(3) Ist ein Begünstigter eine juristische Person, an der eine natürliche Person im Sinn des § 244 Abs. 2 UGB beteiligt ist, so können diese natürliche Person, deren Ehegatte, deren Lebensgefährte sowie Personen, die mit der natürlichen Person in gerader Linie oder bis zum dritten Grad der Seitenlinie verwandt sind, nicht Mitglieder des Stiftungsvorstandes sein.

(3a) Abs. 2 und Abs. 3 sind auch auf Personen anzuwenden, die von Begünstigten, deren Angehörigen (Abs. 2) oder in Abs. 3 genannten ausgeschlossenen Personen mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Stiftungsvorstand beauftragt wurden.

(4) Der erste Stiftungsvorstand wird vom Stifter oder vom Stiftungskurator (§ 8 Abs. 3 Z 1) bestellt.

(5) Die jeweiligen Mitglieder des Stiftungsvorstands und ihre Vertretungsbefugnis sowie das Erlöschen oder eine Änderung ihrer Vertretungsbefugnis sind ohne Verzug zur Eintragung in das Firmenbuch anzumelden. Der Anmeldung ist der Nachweis der Bestellung oder der Änderung in öffentlich beglaubigter Form beizufügen. Zugleich haben die Mitglieder des Stiftungsvorstands ihre öffentlich beglaubigte Musterzeichnung vorzulegen.



135

A. HASCH / V. RERICHA



§ 17 PSG – Aufgaben des Stiftungsvorstandes, Vertretung der Privatstiftung

(1) Der Stiftungsvorstand verwaltet und vertritt die Privatstiftung und sorgt für die Erfüllung des Stiftungszwecks. Er ist verpflichtet, dabei die **Bestimmungen** der Stiftungserklärung einzuhalten.

(2) Jedes Mitglied des Stiftungsvorstands hat seine Aufgaben sparsam und mit der Sorgfalt eines gewissenhaften Geschäftsleiters zu erfüllen. Der Stiftungsvorstand darf Leistungen an Begünstigte zur Erfüllung des Stiftungszwecks nur dann und soweit vornehmen, wenn dadurch Ansprüche von Gläubigern der Privatstiftung nicht geschmälert werden.

(3) Wenn die Stiftungserklärung nichts anderes bestimmt, so sind sämtliche Mitglieder des Stiftungsvorstands nur gemeinschaftlich zur Abgabe von Willenserklärungen und zur Zeichnung für die Privatstiftung befugt. Der Stiftungsvorstand kann einzelne Mitglieder des Stiftungsvorstands zur Vornahme bestimmter Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften ermächtigen. Ist eine Willenserklärung der Privatstiftung gegenüber abzugeben, so genügt die Abgabe gegenüber einem Mitglied des Stiftungsvorstands.

(4) Sitzungen des Stiftungsvorstands können in angemessener Frist vom Vorsitzenden, seinem Stellvertreter oder von zwei Dritteln der Mitglieder des Stiftungsvorstands einberufen werden.

(5) Wenn die Privatstiftung keinen Aufsichtsrat hat, bedürfen Rechtsgeschäfte der Privatstiftung mit einem Mitglied des Stiftungsvorstands der Genehmigung aller übrigen Mitglieder des Stiftungsvorstands und des Gerichts.



136



§ 19 PSG – Vergütung der Mitglieder des Stiftungsvorstandes

(1) Soweit in der Stiftungserklärung nichts anderes vorgesehen ist, ist den Mitgliedern des Stiftungsvorstands für ihre Tätigkeit eine mit ihren Aufgaben und mit der Lage der Privatstiftung in Einklang stehende Vergütung zu gewähren.

(2) Die Höhe der Vergütung ist, soweit in der Stiftungserklärung nichts anderes vorgesehen ist, auf Antrag eines Stiftungsorgans oder eines Organmitglieds vom Gericht zu bestimmen.



137

A. HASCH / V. RERICHA



- (1) Ein Aufsichtsrat ist zu bestellen, wenn
- 1. die Anzahl der **Arbeitnehmer** der Privatstiftung **dreihundert** übersteigt oder
- 2. die Privatstiftung inländische Kapitalgesellschaften oder inländische Genossenschaften einheitlich leitet (§ 15 Abs. 1 Aktiengesetz 1965) oder auf Grund einer unmittelbaren Befeiligung von mehr als 50 Prozent beherrscht und in beiden Fällen die Anzahl der Arbeitnehmer dieser Gesellschaften beziehungsweise Genossenschaften im Durchschnitt dreihundert übersteigt und sich die Tätigkeit der Privatstiftung nicht nur auf die Verwaltung von Unternehmensanteilen der beherrschten Unternehmen beschränkt.
- (2) Der jeweilige Durchschnitt der Arbeitnehmeranzahl bestimmt sich nach den Arbeitnehmeranzahlen an den jeweiligen Monatsletzten innerhalb des vorangegangenen Kalenderjahres.
- (3) Der Stiftungsvorstand hat im Fall des Abs. 1 nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen jeweils zum 1. Jänner den Durchschnitt der Arbeitnehmeranzahl der im vorangegangenen Jahr beschäftigten Arbeitnehmer festzustellen. Übersteigt die Durchschnittszahl dreihundert, so hat er dies dem Gericht mitzuteilen; die nächste Feststellung der Arbeitnehmeranzahl ist jeweils drei Jahre nach dem im ersten Satz genannten Stichtag zum 1. Jänner durchzuführen. Eine Änderung der Arbeitnehmeranzahl innerhalb der jeweiligen drei Jahre ist auf die Notwendigkeit des Vorhandenseins eines Aufsichtsrats ohne Einfluß. Wird bei einer der Feststellungen ermittelt, daß die Durchschnittszahl dreihundert incht übersteigt, so ist die nächste Feststellung eine vor der Feststellungen der Überschreitung der Zahl dreihundert zu wiederholen. Die vertretungsbefugten Organe der in Abs. 1 Z 2 genannten Gesellschaften bzw. Genossenschaften haben dem Stiftungsvorstand auf dessen Verlangen die für die Feststellung erforderlichen Auskünfte rechtzeitig zu erteilen.

138

(4) § 110 ArbVG gilt für Privatstiftungen sinngemäß wie für Gesellschaften mit beschränkter Haftung





§ 23 PSG – Zusammensetzung des Aufsichtsrats

(1) Der Aufsichtsrat muß aus mindestens drei natürlichen Personen bestehen.

(2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats und deren Angehörige (§ 15 Abs. 2) dürfen nicht zugleich dem Stiftungsvorstand angehören oder Stiftungsprüfer sein. Begünstigte oder deren Angehörige (§ 15 Abs. 2) dürfen nicht die Mehrheit der Aufsichtsratmitglieder stellen. Dasselbe gilt auch für Personen, die von Begünstigten oder deren Angehörigen (§ 15 Abs. 2) mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Aufsichtsrat beauftragt wurden.

(3) Mitglied des Aufsichtsrats kann nicht sein, wer in zehn Privatstiftungen Mitglied des Aufsichtsrats oder eines vergleichbaren Organs ist.



A. HASCH / V. RERICHA



§ 27 PSG – Gerichtliche Bestellung und Abberufung von Stiftungsorgangen und deren Mitgliedern

(1) Soweit die nach Gesetz oder Stiftungserklärung vorgeschriebenen Mitglieder von Stiftungsorganen fehlen, hat sie das **Gericht auf Antrag oder von Amts wegen** zu bestellen.

(2) Das Gericht hat ein Mitglied eines Stiftungsorgans auf Antrag oder von Amts wegen abzuberufen, wenn dies die Stiftungserklärung vorsieht oder sonst ein wichtiger Grund vorliegt. Als wichtiger Grund gilt insbesondere

1. eine grobe Pflichtverletzung,

2. die Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben,

3. die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Mitglieds, die Abweisung eines solchen Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens sowie die mehrfache erfolglose Exekution in dessen Vermögen.



140



§ 28 PSG – Innere Ordnung von Stiftungsorganen

Ein Stiftungsorgan, das aus mindestens drei Mitgliedern besteht,

- 1. wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und wenigstens einen Stellvertreter;
- 2. faßt, wenn die Stiftungserklärung nichts anderes vorsieht, unbeschadet des § 14 Abs. 3 und des § 35 Abs. 2 die Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder, wobei bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gibt;
- 3. kann Beschlüsse schriftlich fassen, wenn kein Mitglied widerspricht.
- § 29 PSG Haftung der Mitglieder von Stiftungsorganen

Unbeschadet des § 21 Abs. 2 letzter Satz über die Haftung des Stiftungsprüfers haftet der Privatstiftung jedes Mitglied eines Stiftungsorgans für den aus seiner schuldhaften Pflichtverletzung entstandenen Schaden.



141

A. HASCH / V. RERICHA



- § 30 PSG Auskunftsanspruch des Begünstigten
 - (1) Ein Begünstigter kann von der Privatstiftung die Erteilung von Auskünften über die Erfüllung des Stiftungszwecks sowie die Einsichtnahme in den Jahresabschluß, den Lagebericht, den Prüfungsbericht, die Bücher, in die Stiftungsurkunde und in die Stiftungszusatzurkunde verlangen.

142

(2) Kommt die Privatstiftung diesem Verlangen in angemessener Frist nicht nach, so kann das **Gericht auf Antrag** des Begünstigten die Einsicht, gegebenenfalls durch einen **Buchsachverständigen**, **anordnen**. Für das Verfahren gelten die §§ 385 bis 389 ZPO sinngemäß.







